



KATHOLISCHE ARBEITER BEWEGUNG

VERBANDSZENTRALE DER KATHOLISCHEN ARBEITER- U. KNAPPENVEREINE WESTDEUTSCHLANDS
KÖLN - BERNHARD LETTERHAUS-STRASSE 26 - FERNSPR. 72500 u. 71969

POSTSCHECKKONTO KÖLN 20697 : : SPARGIROKONTO 10000 BEI DER KREISSPARKASSE KÖLN

KÖLN - KETTELERHAUS, AM 5. Oktober 1956
Verbandssekretariat

Ev/H1

Herrn Bundeskanzler

Dr. Konrad Adenauer

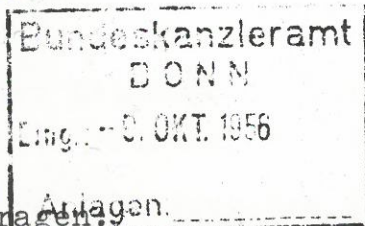
Rhöndorf/Rhein

Zennigsweg 8a

/ 6. F. 56. Nr.

*mit dem Herrn Bundeskanzler
vorgesiegt*

H. Lamb



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Gestatten Sie mir, Ihnen folgendes vorzutragen.

Die Presseverlautbarungen der letzten Tage haben mich und viele meiner Freunde mit großer Besorgnis erfüllt. Innerhalb einer Woche vertraten Sie, Herr Bundeskanzler, und mit Ihnen vier Minister Ihres Kabinetts die verschiedensten Meinungen in der Frage der Rentenreform.

Während Sie, Herr Bundeskanzler, sich in Hamburg für eine baldige Verabschiedung des Gesetzes zur Rentenreform einsetzten, erklärt Herr Bundesfinanzminister Schäffer - wie ich den Tageszeitungen entnahm - mit einem Rentenreform-Gesetz könne ab 1.1.1957 keineswegs gerechnet werden und er schlage eine dreizehnte Monatsrente als Ausgleich vor.

Während Sie, Herr Bundeskanzler, nach Pressemeldungen in Hamburg betonten, eine Produktivrente sei nach Ihrer Ansicht möglich und anzustreben, äußerte Herr Bundeswirtschaftsminister Erhard in Köln seine Bedenken zu einer solchen.

Während sich Herr Bundesarbeitsminister Storch in Hamburg für den Regierungsvorschlag der Rentenreform ausspricht, wird derselbe zur gleichen Zeit von den Herren Minister Schäffer und Erhard abgelehnt.

Alle diese abweichenden Meinungen aber werden täglich in der Presse öffentlich diskutiert.

Sie, Herr Bundeskanzler, und Herr Wirtschaftsminister Erhard sprechen vom wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Zur gleichen Zeit

erklärt Pressemeldungen zufolge Herr Bundesminister Kaiser, der größte Teil der Arbeitnehmer lebe heute von der Hand in den Mund.

Während die Fraktion der CDU/CSU prüft, inwieweit eine Eigentumsbildung für die Arbeitnehmer möglich ist, stellt Herr Bundeswirtschaftsminister Erhard in Köln deren Unmöglichkeit heraus.

Alle diese Unstimmigkeiten werden jeden Tag durch die Presse der Öffentlichkeit unterbreitet.

Mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, bin ich der Meinung, daß die Materie der Rentenreform einer sorgfältigen Prüfung bedarf.

Durch diese Prüfung braucht aber eine Verabschiedung des Gesetzentwurfes mit Wirkung vom 1. Januar 1957 keineswegs verzögert werden. Sollte es stimmen, daß durch den vorliegenden Regierungsentwurf zur Rentenreform 20 oder 25 Prozent der Altrentner nicht in den Genuß von höheren Renten kämen, dürfte sich bei gutem Willen eine Lösung etwa durch eine Zusatzrente zur Hauptrente finden lassen und dadurch gerade diesen Altrentnern fühlbare Hilfe geben.

Der Einwand, durch eine Produktivrente würde die Währung gefährdet, müßte ebenfalls sehr sorgfältig geprüft werden; denn die Behauptung, daß gerade durch die Rentner die Währung gefährdet sein könnte, ruft in weiten Kreisen mitleidiges Lächeln und ein bitteres Gefühl hervor.

Nach unserer Meinung, Herr Bundeskanzler, sind es ganz andere Kräfte, welche die Währung gefährden -- k ö n n t e n . Keineswegs möchten wir die Beurteilung einer solchen Frage Interessengruppen überlassen.

Einige Millionen Rentenempfänger, Herr Bundeskanzler, haben ihre Hoffnung darauf gesetzt, ab 1. Januar 1957 eine wesentliche Rentenaufbesserung zu erhalten mit der Aussicht, in Zukunft am steigenden Sozialprodukt auch ihren bescheidenen Anteil zu bekommen. Sie durften diese Hoffnung haben nach Ihrer Regierungserklärung und nach den Verlautbarungen der Parteitage der CDU/CSU in Hamburg und Stuttgart. Im vorpolitischen Raum der

katholischen und evangelischen Standesorganisationen, wie auch in der Rentnerorganisation der KAB wurde diesen Altrentnern immer versichert, daß bald etwas Durchgreifendes für sie geschähe.

Es ist unmöglich, Herr Bundeskanzler, diese Millionen Rentempfänger jetzt zu enttäuschen.

Es muß eine baldige und durchgreifende Rentenreform geschaffen werden, und zwar vor allem im Interesse der Rentner selbst, die in den letzten Jahren trotz aller Rentenaufbesserungen nicht jenen Anteil des gesteigerten Sozialproduktes erhielten, auf den sie Anspruch hatten.

Es geht aber auch, Herr Bundeskanzler, um Ihren Ruf, und er kann nicht mehr geschädigt werden, als wenn diese Hoffnungen der Rentner nun aufs Grausamste enttäuscht würden.

Es geht auch um den guten Ruf der CDU und um den Ruf der Fraktion der CDU/CSU.

Die Gefahr besteht, daß ein Schaden entsteht, der den durch die Wehrdebatte entstandenen weit übertrifft. Mit den Auseinandersetzungen über die Wehrfrage werden wir fertig, mit der Enttäuschung und Verbitterung der Millionen Rentner nicht.

Ich bin gewiß, Herr Bundeskanzler, daß ich im Sinne des Gesamtvorstandes und der gesamten KAB spreche, wenn ich Ihnen diese meine Sorgen vortrage.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß ich in den letzten Wochen Gelegenheit hatte, in zahlreichen Kundgebungen katholischer Unternehmer und Arbeiter zu sprechen. Übereinstimmend wurde die Forderung erhoben, die Rentenreform baldigst zu verabschieden und sie nicht zu vertagen oder zu verwässern.

Als Sprecher all dieser Vielen bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, Ihre ganze Autorität einzusetzen, daß die Rentenreform baldigst verabschiedet wird. Diese baldige Rentenreform ist eine dringende Notwendigkeit. Ihre Durchführung erwarten Hunderttausende der Besten unseres Volkes, deren Hoffnung nicht enttäuscht werden darf.

Sorgen Sie, Herr Bundeskanzler, daß die Auseinandersetzungen der Herren Minister Ihres Kabinetts in der Öffentlichkeit unterbleiben, denn es wird hierdurch ein unermeßlicher Schaden angerichtet.

Solange über die Einzelheiten der Gesetzesvorlage noch verhandelt wird, sollten die Herren Minister Zurückhaltung üben und schweigen.

Nach eingehender Beratung müßte es möglich sein, eine allseits befriedigende Lösung zu finden. Solange aber sollten die Meinungsverschiedenheiten nicht öffentlich, sondern intern ausge-
tragen werden.

Bis heute haben sich die KAB und ihr Organ, die "Ketteler-Wacht", nur zurückhaltend zu diesem Presse und Rundfunk beschäftigenden Meinungsstreit zwischen Mitgliedern der Regierung, des Parlamentes und der Fraktion der CDU/CSU geäußert. Sollte diese Auseinandersetzung jedoch in dieser Form weitergehen, wird sich diese Zurückhaltung nicht mehr rechtfertigen lassen.

Sie wissen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß die KAB Sie weitgehendst in Ihrer Regierungspolitik unterstützt und Sie sich auf die katholische Arbeiterschaft verlassen können.

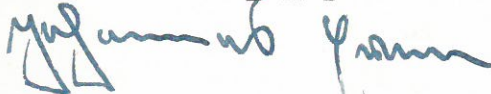
Seien Sie überzeugt, daß meine namens der KAB vorgetragenen Ausführungen von der tiefen Sorge um das Schicksal der Rentempfänger, der Sorge aber auch um das Schicksal der CDU/CSU und um die künftige Gestaltung der Regierungspolitik getragen sind.

Ich bitte Sie sehr, den ganzen Ernst der Lage zu sehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Das Los unserer Rentner und die dringend notwendige Hebung ihres relativ mehr als bescheidenen Lebensstandards erfordern ein baldiges und durchgreifendes Handeln, worum ich Sie nochmals herzlich wie dringend bitte.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

I h r



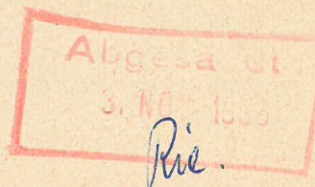
Verbandssekretär der KAB Westdeutschlands

Der Staatssekretär
des Bundeskanzleramtes
7 - 81000 - 3216/56

Bonn, den 3. November 1956

Vfzg.

- 1) An die
Katholische Arbeiter-Bewegung
z.Hd. von Herrn Johannes Even



K ö l n
Kettelerhaus

Sehr geehrter Herr Even!

Im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 5. Oktober 1956.

Wie der Herr Bundeskanzler bereits mehrfach versichert hat, hält die Bundesregierung an der im Regierungsentwurf verankerten Produktivitätsrente fest. Sie hofft, durch die neue Rentenformel die wirtschaftliche Lage der Rentner zu bessern und darüber hinaus ihnen wieder die Stellung innerhalb der Gesellschaft zu geben, die sie als arbeitende Menschen hatten.

Diejenigen Rentner, die nach den Grundsätzen der beitragsgerechten Rente leer ausgehen würden, sollen nicht nur ihren bisherigen Besitzstand behalten, sondern darüber hinaus nach Auffassung der Bundesregierung eine fühlbare Rentenaufbesserung erhalten. Damit soll insbesondere den Beziehern kleiner Renten geholfen werden.

Die Bundesregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß das neue Rentenversicherungsgesetz am 1. Januar 1957 in Kraft treten wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag

2) z.d.A.

(Dr. L a m b y)